

## **Wir brauchen eine Zeitenwende in der Pflege!**

Nicht erst seit der Krise in der Corona-Pandemie und der dramatischen gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten (hohe Inflation, Verschiebung öffentlicher Ressourcen in extremem Umfang und zusätzliche kreditfinanzierte Belastung des Bundeshaushalts durch die beschlossene Aufrüstung bei gleichzeitiger Schuldenbremse) steht die Pflege allgemein und insbesondere die Langzeitpflege mit dem Rücken zur Wand: schlechte Finanzierungsbedingungen, unattraktive Arbeitsbedingungen, fehlende Nachwuchskräfte, die Berentung der geburtenstarken Jahrgänge, starker Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Personen und daraus resultierend ein großer Mangel dringend benötigter Pflegekräfte mit stark steigender Tendenz.

Die Pflege muss unverzüglich durch wirksame politische Maßnahmen unter- und gestützt werden. Ohne deutliche Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege steht dieser Sektor mittelfristig vor der Situation, vorhandene Versorgungsressourcen noch wesentlich stärker einschränken zu müssen als jetzt schon. Die Tendenz ist eindeutig: nahezu tägliche Meldungen über die Schließung von Pflegeeinrichtungen und – diensten aufgrund finanzieller Probleme oder fehlender Pflegekräfte zeigen bei gleichzeitigen starkem Anstieg pflegebedürftiger Personen, dass das Pflegesystem bereits zu kollabieren beginnt.

Die AWO Bayern erneuert bzw. aktualisiert ihre Forderungen der letzten Jahre zur dringend notwendigen Stabilisierung des Pflegesystems in der Langzeitpflege:

1. Die Kostenübernahme aller notwendigen Pflegeleistungen (nur Pflegevergütung ohne U+V und Investitionen) durch die Pflegeversicherung, sowie eine regelmäßige Anpassung des Pflegegeldes und der Pflegesachleistungen an die allgemeine Preisentwicklung.
2. Die Kostenübernahme der medizinischen Behandlungspflege im vollstationären Bereich durch die Krankenkassen.
3. Die Finanzierung der Investitionskosten in der Langzeitpflege muss analog der Finanzierung der Investitionskosten im Krankenhausbereich erfolgen. Die bayerischen baulichen Anforderungen aus dem PflWoqG benötigen eine entsprechende Finanzierungsverpflichtung durch das Land Bayern.
4. Die Refinanzierung der Ausbildungskosten darf nicht auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden, sondern ist staatlich zu finanzieren.
5. Die Einführung einer Pflegebürgerversicherung und damit eine deutliche Verbesserung der Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung.



6. Eine deutliche Anhebung der Personalschlüssel in der Pflege zur Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung und um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen.
7. Die Refinanzierung der tariflichen Gleichstellung der Langzeitpflege mit der Akutpflege. Des Weiteren müsste die Absenkung der Regelarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche und die damit verbundene Einführung einer 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich realisiert werden.
8. Leiharbeit hat negative Auswirkungen auf die vielfältigen Qualitätsanforderungen in der Pflege, deshalb fordern wir ein Verbot der Leiharbeit. Aufgrund der Komplexität des Themas wurde ein weiterführendes Positionspapier dazu verfasst, auf das wir an dieser Stelle verweisen.
9. Ein Verbot der Ausbeutung ausländischer Haushaltshilfen unter Einhaltung und Durchsetzung der geltenden Gesetze. Die Organisation der Arbeitseinsätze sollte ausschließlich durch die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter durchgeführt werden.
10. Schwerpunkt der Aufsichtsbehörden soll in der Bewertung der Ergebnisqualität und nicht in der Kontrolle liegen. Die Anerkennung der Professionalität der Pflegekräfte und die Beratung und Unterstützung der Einrichtung bei Verbesserungsprozessen muss im Vordergrund stehen. Routinekontrollen zu besonders belasteten Zeiten (Feste, Feiertage, Haupturlaubszeit, Wochenenden, in der Nacht etc.) sind zu vermeiden.